Fürstbischof Friedrich Christian von Plettenberg und die münsterische Politik im Koalitionskriege 1688—97.

Von

Friedr. Scharlach.

Vorbemerkung.

Mit der Geschichte des zweiten Raubkrieges Ludwigs XIV. ist der Name des Fürstbischofs von Münster, Christoph Bernhard v. Galen, eng verknüpft. Seine weit ausschauende Kriegs- und Tatenlust hatten ihn in diesem Kriege zu Unternehmungen geführt, durch die sein Name zu europäischer Berühmtheit gelangte. In dem Frieden zu Nimwegen sah sich jedoch seine Politik, die das Bistum stark belastet hatte, aller errungenen Erfolge beraubt. Der Bedeutung Christoph Bernhards entsprechend sind der münsterischen Politik in diesem Kriege mehrfache und eingehende Untersuchungen gewidmet.

Überaus wenig Beachtung gefunden hat demgegenüber die Stellung Münsters in dem kaum 10 Jahre später von neuem einsetzenden Kampfe mit Ludwig XIV. und die Politik des Fürstbischofs Friedrich Christian von Plettenberg, der einen weniger bekannten Namen hat, als sein berühmter Vorgänger. A. Böcker¹⁾ hat schon darauf hingewiesen, daß die westfälische Geschichtschreibung diesem Bischof bisher nicht die ihm gebührende Aufmerksamkeit zugewendet habe; zugleich hat er die Bedeutung und gegenstandsreiche Wirkung seiner inneren Politik dargelegt.

Soweit sich die Forschung mit der münsterischen Politik im Koalitionskriege beschäftigt hat, ist sie zu einem gesicherten Urteil darüber noch nicht gelangt. In der zeitgenössischen Kritik und der zahlreichen über den Krieg

¹⁾ Die innere Politik des Fürstbischofs von Münster Friedrich Christian von Plettenberg. Hildesheim 1908 (= Beiträge für die Gesch. Niedersachsens, Heft 12).

vorliegenden Literatur hat das Verhalten Friedrich Christians eine sehr verschiedene Auffassung und eine teils anerkennende, teils äußerst abfällige Beurteilung erfahren. Dieses beruht einerseits auf der Beschaffenheit des maßgebenden Quellenmaterials, das vielfältig subjektiv und tendenziös gefärbt ist, andererseits auf einer nur auf einzelne Ereignisse beschränkten Forschung und Kenntnis der münsterischen Politik. Im folgenden ist versucht, dem Bischof auf den vielverschlungenen Pfaden seiner Politik zu folgen und auf Grund ausgedehnten Aktenmaterials das schwankende Urteil festzulegen.

Die Arbeit umfaßt mit der Zeit des Koalitionskrieges von 1688—97 zugleich die erste Hälfte der Regierungszeit des Fürstbischofs und den wichtigsten Teil seiner auswärtigen Politik. Es ergab sich die Notwendigkeit, zum Ausgangspunkt der Darstellung im Zusammenhang mit der Kölner Wahlangelegenheit von 1688 eine eingehendere Betrachtung der münsterischen Bischofswahl zu machen, weil dabei schon für das Verständnis der münsterischen Politik in dem alsbald einsetzenden Kampfe wichtige Momente in die Erscheinung treten. Die Politik Friedrich Christians seit seinem Regierungsantritt ist sodann im Anschluß an den Verlauf der Kriegsergebnisse entwickelt. Seinen Beziehungen zum Reich, zu den Alliierten und Frankreich und der Stellungnahme zu wichtigen Fragen religiöser, staatsrechtlicher und verfassungsgeschichtlicher Natur, wie sie während des Krieges in dem Wiederaufleben des konfessionellen Gegensatzes, der Errichtung einer neunten Kurwürde und den Bestrebungen nach einer leistungsfähigen Reichskriegsverfassung in Deutschland aufgetaucht waren, ist als den Bahnen, in denen sich seine Politik bewegt, eine eingehende Betrachtung gewidmet. Mit dem Frieden von Ryswick findet die Darstellung ihren Abschluß. Für die Datierung ist, wenn nicht anders angegeben, der neue Gregorianische Kalender zugrunde gelegt.

Unzere Ausführungen stützen sich in der Hauptsache auf das reiche Quellenmaterial des Staatsarchivs zu Münster, bei dessen Benutzung mir von der Verwaltung desselben stets bereitwilligste Unterstützung zuteil geworden ist, wofür auch an dieser Stelle der geziemende Dank

ausgesprochen sei. Auch der Histor. Kommission für die Provinz Westfalen bin ich für die mir ermöglichte Benutzung der Handschriften zur Herausgabe der Korrespondenz Friedrich Christians von Plettenberg, die den Arbeiten des Herrn Geheimrats Prof. Dr. G. Erler im Herzogl. Arenberg'schen Archiv zu Nordkirchen entstammen, zu Dank verpflichtet. Schmerzlich bewegt gedenke ich hier auch in Dankbarkeit des verstorbenen Herrn Professor Dr. E. Daenell, der mich zu dieser Arbeit anregte und mir mit seinem Rat jederzeit zur Seite stand.

I.

Die Münster'sche Politik vom Beginn des Koalitionskrieges bis Ende des Jahres 1690.

1. Die Neutralitätspolitik Friedrich Christians bis März 1689.

Im Kurfürstentum Köln hatte nach der unentschiedenen Wahl vom 19. Juli 1688 der Kardinal Wilhelm von Fürstenberg die Regierung angetreten. Die bedeutendsten Festungen, Bonn, Neuß, Kaiserswerth und Rheinberg wurden in Besitz genommen und mit französischem Geld in Verteidigungszustand gesetzt. Der französische König zeigte sich entschlossen, den Ansprüchen Fürstenbergs mit dem ganzen Gewicht seiner Macht Nachdruck zu verleihen, an einer kriegerischen Lösung war nicht mehr zu zweifeln.¹⁾

Gebietlerisch trat jetzt an die Direktoren des westfälischen Kreises die Forderung heran, den wichtigsten Posten am Niederrhein, die Reichsstadt Köln, militärisch zu sichern, ehe die von Fürstenberg angeforderte französische Truppenhilfe angelangt war. Schon im Juni hatten Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg und Johann Wilhelm von Jülich-Berg eine Verstärkung der Kreistruppen angeregt, denn die 800 Mann Kreistruppen boten der Stadt keinen genügenden Schutz.²⁾ Damals waren die Bemühungen am Widerstande des Kölner Magistrats selbst.

¹⁾ De Dangeau: Journal de la cour de Louis XIV. 1648—1715. Paris 1854—68. II. 161.

²⁾ Haake: Brandenburg. Politik und Kriegführung in den Jahren 1688/89. Beitr. z. deutschen Territorial- und Stadtgeschichte her. von Below, Diemar und Meutgen. Kassel 1896. S. 38.

ge scheitert, der ganz unter dem Einfluß des französischen Gesandten stand. Auch dem Vertreter des Kaisers, Graf Kaunig, gelang es im Juli nur, den Magistrat dahin zu bestimmen, daß bei der Kunde vom Aufbruch der französischen Heere zwei bis dreitausend Mann in die Stadt aufgenommen werden sollten.

Zu einer endgültigen Regelung dieser immer dringender werdenden Angelegenheit aber konnte man erst schreiten, als der niederrheinisch-westfälische Kreis am 29. Juli durch die Wahl des münsterischen Domdechanten Friedrich Christian von Plettenberg zum Fürstbischof von Münster wieder einen ersten, Kreis ausschreibenden Direktor erhalten hatte.¹⁾ Jetzt hielt der Kaiser es an der Zeit, bei den Kreisdirektoren wegen der Sicherung Kölns vorstellig zu werden. Er richtete an den Bischof von Münster ein Schreiben und forderte ihn auf, die Kreiskonferenz vom Mai des Jahres 1688, die durch den Tod der Kurfürsten von Brandenburg und Köln nicht zum Abschluß gekommen war, wieder aufzunehmen und dort den Schutz Kölns sicher zu stellen.²⁾

Friedrich Christian zeigte keine Neigung, dieser Anforderung nachzukommen, denn er stand schon in Unterhandlungen, die gerade auf das Gegenteil abgezielt waren. Fürstenberg hatte den Grafen Verchenfeld an ihn geschickt, um ihn zu bitten, er möge seine Einwilligung zur Verstärkung der Kölner Garnison nicht geben. Ihm kam der Bischof entgegen und er erbot sich, dem Werke möglichst viel Schwierigkeiten in den Weg zu legen.³⁾

¹⁾ Friedrich Christian von Plettenberg, aus altem westfälischem Adelsgeschlecht, 1644 geboren, hatte sich unter den Bischöfen Christoph Bernhard von Galen, Ferdinand von Fürstenberg und Maximilian Heinrich von Köln, deren Politik sich durch das Vorherrschen französischen Einflusses charakterisiert, durch seine diplomatischen Fähigkeiten ausgezeichnet. Seine Wahl verdankte er den Bemühungen Brandenburgs, der Generalstaaten und Frankreichs. Das tatkräftige Eintreten Fürstenbergs für ihn berechtigt zu der Annahme, daß Ludwig XIV. an seine Person besondere Hoffnungen knüpfte und durch seine Wahl das französische Interesse genügend gewahrt schien.

²⁾ St. M. M. Domkapitels-Protokolle. 19. IX. 1688.

³⁾ Böhmländer: Die Wahl des Herzogs Joseph Clemens von Bayern zum Erzbischof von Köln 1688. Oberbayerisches Archiv 56, 57. München 1912. 57. S. 246.

Die drohende Gefahr brachte die Entwicklung der Dinge in raschen Fluß. Der Kurfürst von Brandenburg ergriff nach der Zusammenkunft mit dem Dranier zu Minden in dieser Frage die Initiative und schickte am 8. September von dem Busche nach Münster, um bei Friedrich Christian auf Verstärkung der Kölner Kreistruppen zu dringen. Der Bischof aber war keineswegs gesinnt, sich selbst an der Sicherung Kölns zu beteiligen, suchte vielmehr, im Sinne der Verhandlungen mit Fürstenberg, durch Zögern und Hinhalten die Rettung Kölns überhaupt in Frage zu stellen. Auf alle Vorstellungen des Gesandten wußte er neue Ausflüchte. Wenn er auch die Notwendigkeit der Sicherung Kölns scheinbar zugab, so fand er doch Schwierigkeiten in der Ausführung. Er behauptete, außer stande zu sein, eine hinreichende Zahl von Truppen zu liefern und stellte das Unternehmen mit Hinweis auf die wachsende Stärke der feindlichen Okkupationstruppen am Rhein als verspätet und aussichtslos hin. Für den Fall jedoch, daß der Kurfürst und Kurprinz in ihrem Namen, nicht in dem des Direktoriums, Truppen in die Festung werfen sollten, erklärte er seine Uninteressiertheit. Schließlich machte er seine Entscheidung von einer Beratung mit dem Domkapitel abhängig.¹⁾

Schon waren die Franzosen von allen Seiten im Anmarsch gegen Köln. Kurfürst Friedrich III. v. Brandenburg und Kurprinz Johann Wilhelm beschloßen jetzt, selbständig je 1200 Mann ihrer Truppen eilends in die Stadt zu werfen.

In Münster hatten sich inzwischen noch der brandenburgische Gesandte v. Beyer, der pfälzische v. Kesselrodt und Deputierte der Stadt Köln eingefunden. Ihren vereinigten Bemühungen gelang es schließlich, den Widerstand des Bischofs zu überwinden und am 20. September einen Vergleich zustande zu bringen.²⁾ Am selben Tage war die Rettung der Stadt aber schon vollbracht, die vereinigten Brandenburger und Füllicher in die Festung eingerückt.

¹⁾ Pufendorf: De rebus gestis Friderici III. monumentorum libri tres. Berolini 1768. I. § 22. S. 24.

²⁾ Df.=Fr. 19. IX. 1688.

In dem Vergleich machte Friedrich Christian dem Kurfürsten und Kurprinzen das Zugeständnis, daß sie im Namen des Kreises bis auf 4000 Mann mit Einschluß der schon in der Stadt befindlichen Kreistruppen nach Köln werfen konnten. Dazu sollte am 20. Oktober die Kreis-konferenz in Köln wieder aufgenommen und ein Reglement für die Kreisgarnison festgestellt werden. Seine eigenen Verpflichtungen aber beschränkten sich lediglich auf die Versicherung, seine Mannschaften in Köln „mit dem allerersten“ verstärken zu wollen.¹⁾

So unbefriedigend auch das Resultat der vielseitigen Bemühungen am Münsterischen Hofe erscheinen mußte, der Vergleich hatte als Erfolg der Bestrebungen Brandenburgs, im Norden des Reichs energischen Widerstand zu organisieren, doch eine tiefere Bedeutung. Man hat in ihm den ersten gelungenen Versuch zu erblicken, Friedrich Christians Verhandlungen mit Frankreich zu stören.

Wenn man im Reich gehofft hatte, mit dem neuen Bischof werde ein getreuer Reichsfürst den Stuhl des hl. Ludger besteigen, so mußten sich schon sehr bald solche Erwartungen gründlich getäuscht sehen. Patriotische Hingabe, freundiges Eintreten für die Interessen des Reichs konnte man von Friedrich Christian ebensowenig erwarten, wie von den anderen geistlichen und weltlichen Reichsfürsten seiner Zeit. Der westfälische Friede hatte ihnen völlige Souveränität verliehen, und die politische Betätigung stellte sich jetzt ganz in den Dienst ihrer Sonderinteressen. Die Bahnen, die Friedrich Christian sogleich nach seinem Regierungsantritt beschritt, dazu seine diplomatische Schule, die politischen Einflüsse, denen er vor seiner Wahl ausgesetzt gewesen war, auch die Tatsache, daß er bei der Wahl der Kandidat Frankreichs gewesen war, und die mancherlei Gerüchte, die über ihn im Umlauf waren, alles das weist mit Notwendigkeit darauf hin, daß in seiner Politik Hinneigung zu Frankreich eine bedeutende Rolle spielte und spielen würde. In der That ist der Einfluß Frankreichs für die Politik Friedrich Christians von richtunggebender Bedeutung gewesen, während der ganzen Dauer des Krieges.

¹⁾ M. L. N. 468. 277. Dr.

Die Aussicht auf erfolgreichen Widerstand im Norden, und auch die Rettung Kölns konnten Friedrich Christian nicht bewegen, die Beziehungen zu Frankreich abzubrechen. Daß sein Verhalten allein auf Beeinflussung durch die französische Partei am Münsterischen Hofe zurückzuführen wäre,¹⁾ ist bei der politischen Selbständigkeit und staatsmännischen Klugheit des Bischofs nicht anzunehmen. Friedrich Christian war Realpolitiker und er trieb lediglich territoriale Interessenpolitik, wenn er zu einer Zeit, da im Westen eine übermächtige Gefahr heraufwuchs, die Entwicklung der politischen Verhältnisse im Reich aber noch völlig im Dunkel lag, angesichts der exponierten Lage des Bistums und seiner eigenen militärischen Unfertigkeit Verhandlungen mit dem Feinde pflog, die auf eine Neutralität abgezielt waren. Reichliche Subsidienangebote Frankreichs mußten eine solche neutrale Haltung nur umso annehmbarer erscheinen lassen. Damit konnte er der Sicherheit und Wohlfahrt seines Landes am besten dienen und brachte sich noch keineswegs in einen Gegensatz zu den Interessen des Reichs. Daß er völligen Anschluß an Frankreich geplant habe, dafür liegen keinerlei Beweise vor. Auch ist es mehr als unwahrscheinlich, denn er würde eine Gefahr, die er auf der einen Seite beschworen hatte, auf der anderen wieder heraufgeführt haben. Anders wäre es allerdings gewesen, wenn der brandenburgische Kurfürst die Initiative nicht ergriffen hätte, wenn Köln gefallen und Fürstenbergs Sieg gewiß gewesen wäre. Dann hätte er vielleicht unbedenklich die politischen Konsequenzen gezogen.

Der Gang der Ereignisse sollte nur zu bald die Politik Friedrich Christians rechtfertigen und ihren Erfolg erweisen. Am 24. September erschien das französische Kriegsmanifest, die feindlichen Heere brachen in die deutschen Grenzlande ein, die infolge gänzlichen Mangels an Truppen wehrlos den Brandschatzungen preisgegeben waren. Auch das Herzogtum Westfalen und West Rellinghausen wurden auf Fürstenbergs Befehl von franzö-

¹⁾ Frhr. v. Eck an den Kaiser. Köln 17. X. 1688. . . . „sein gemueeth soll guet seyn, wenn nur nicht die zwey bösen engel Schmeißing und Duerer üble inspiraciones sucheten, den Bischof von Ew. Kay. Witt. interesse abzuziehen“. (Haake 39.)

sichen Truppen überschwemmt.¹⁾ Das Bistum Münster aber blieb verschont dank der klugen Voraussicht seines Fürsten.

Die feindliche Truppenmacht so ganz in der Nähe stellte nun aber eine ständige Gefahr für Münster dar, und Fürstenberg besaß darin ein Mittel, den Bischof in politischer Abhängigkeit zu erhalten. Wollte Friedrich Christian sich nach jeder Richtung Bewegungsfreiheit verschaffen, wollte er überhaupt eine Rolle spielen, die der Größe und Macht des Bistums entsprach, dann bedurfte er in erster Linie eines eigenen starken Heeres, das seiner Politik den nötigen Rückhalt geben konnte und durch die militärisch ungünstige Lage des Bistums, zumal in so bewegten Zeiten, gefordert war. Neben der klugen Politik des Fürsten hat auf diesem Heer die Sicherheit des Landes für die ganze Dauer des Krieges beruht. Da die Kräfte des Bistums nicht ausreichten, um das Heer in der erforderlichen Stärke zu erhalten, mußte sich der Bischof nach anderen Hilfsquellen umsehen. Die Subsidienfrage tritt damit in den Kreis der politischen Berechnungen ein und wird ein bestimmender Faktor der äußeren Politik Friedrich Christians.

Die Reichskriegsverfassung hatte versagt, und die Fortbildung des deutschen Heerwesens wurde eine Angelegenheit der deutschen Einzelstaaten.²⁾ Die militärkräftigen Reichsfürsten des Nordens, die sog. „Armierten“, haben in der ersten Hälfte des Krieges den Kampf für das Reich geführt, die Last der späteren Jahre trugen die Reichsfürsten des Südwestens.

Zu den „armierten“ Fürsten gehörte auch der Bischof von Münster. Friedrich Christian fand bei seinem Regierungsantritt nur geringe und wenig schlagfertige Truppenbestände vor, seit Christoph Bernhard hatte das Münsterische Heerwesen wenig Pflege erfahren. Auch die Festungen, die das flache, überall leicht zugängliche Land schützen sollten, waren nicht in ausreichendem Verteidigungszustand. Für die Befestigung Münsters hatte Friedrich Christian umfassende Pläne, mußte sie aber vor den großen An-

¹⁾ Haake 59. —

²⁾ Erdmannsdörffer: Deutsche Geschichte. Berlin 1892. I, 658.

forderungen, die das Heer an die Finanzen des Bistums stellte, zurücktreten lassen.¹⁾ Schon am 24. Sept. begannen die Werbungen für das Heer. Der Landtag hatte am 6. Oktober die Anwerbung von 1500 Mann zu Fuß und 600 Dragonern bewilligt.²⁾ Um aber die Truppenmacht auf etwa 6000 Mann zu bringen, forderte Friedrich Christian weitere 1200 Mann zu Fuß, 800 Reiter und 200 Dragoner an und nahm für deren Werbung und Unterhalt, ohne die Zustimmung aller Stände auf dem nächsten Landtag abzuwarten, nur mit Einwilligung des Domkapitels 100 000 Rtlr. auf. Zu dieser ungewöhnlichen Maßnahme bewog ihn der Wunsch, schon im April das Heer fertig stehen zu haben, und ganz besonders die Absicht die Ausdehnung seiner Werbungen geheim zu halten, um sich dann gerüchtweise viel umfassender erscheinen zu lassen. Er versprach sich von diesem Vorgehen den Erfolg, daß man Münsters Unterstützung vielerorts begehren werde, und er dann selbst die Partei sich wählen könne, die den größten Vorteil bot.³⁾ Das Domkapitel hatte seine Zustimmung hierzu nur gegen die Versicherung gegeben, daß die einkommenden Subsidien zur Tilgung der aufgenommenen Summe verwendet und „des Stifts pferde ahn frembde Krippen gebunden“ würden. Eine Vermehrung der Truppen wurde auch nur unter der Bedingung gestattet, daß das Land nicht mit den Unterhaltungskosten beschwert werde.⁴⁾ Als absolutistischer Regent hat sich Friedrich Christian durch solche Bestimmungen, wie auch durch die Verpflichtungen seiner Wahlkapitulation⁵⁾, seine politische Bewegungsfreiheit nicht beschränken lassen. Durchaus selbständig in seiner Politik hat er den Ständen über seine Bündnisse, Verträge und einkommenden Subsidien wenig oder gar keine Rechenschaft abgelegt.

Eine solche Verstärkung der militärischen Kraft des Bistums erforderte eine geraume Zeit, und Münster war vorerst noch nicht imstande, als politischer Machtfaktor

¹⁾ M. L. A. Militaria. Nachträge. 22. XII. 1688.

²⁾ Akten des Domkapitels. IV. A. 46.

³⁾ Dt.-Fr. 18., 25., 26. XI. 1688.

⁴⁾ Landtags-Protokolle. 7. XII. 1688.

⁵⁾ Urk. St. M. 4749.

auch eine Rolle zu spielen. In Wien überließ man den Schutz der Rheingrenze der Selbsthilfe der Reichsfürsten und war nicht gewillt, aus Ungarn Truppen fortzuziehen. Aber nur die „Armierten“ des protestantischen Nordens waren in der Lage, diese Aufgabe zu übernehmen. Die Anregung Brandenburgs führte am 22. Oktober zum Magdeburger Konzert, das einen rein defensiven Charakter trug und sich auf die Sicherung von Frankfurt, Koblenz und Köln beschränkte.¹⁾ Schon bald jedoch verjagten diese Fürsten dem entschlossenen Vorgehen Brandenburgs ihre Gefolgschaft. Der Wiener Hof aber war von einer fahrlässigen Langsamkeit in seinen Beschlüssen. Da sprach am 27. Dezember Max Emanuel von Bayern das erlösende Wort, er forderte die Erklärung des Reichskrieges an Ludwig XIV. Während durch dieses Vorgehen der süddeutschen Katholiken ein einmütiger Zusammenschluß der Stände gesichert war, hatten die Bemühungen der protestantischen „Armierten“ des Nordens das Gegenteil bewirkt, der konfessionelle Unfriede war von neuem erwacht. Der alte Streit hatte zwar im Westfälischen Frieden seine Erledigung gefunden, aber die Gegensätze bestanden fort, um bei Gelegenheit schärfer hervortreten. Jetzt bot das Magdeburger Konzert durch seine Geheimhaltung und die unvermeidlichen Härten bei seiner Ausführung erwünschten Anlaß zu Gerüchten übelster Art. Hinter dem Vertrag witterte man eine protestantische Union und lebte in steter Sorge vor drohenden Säkularisationen.

Solche Gerüchte fanden auch in Münster bereitwilligste Verbreitung, zumal man auch dort die selbständigen Requisitionen und Einquartierungen der Magdeburger Verbündeten zu fürchten begann. Der Bischof erinnerte sich nur mit Schrecken einer Einquartierung kaiserlicher Völker im Paderbornischen unter Ferdinand von Fürstenberg und sah bei einem Siege Draniens in England ganz unerträgliche Zustände voraus. Er pflichtete dem Ausspruch eines kaiserlichen Ministers, in dem die Nichtkatholischen geradezu mit Türken und Franzosen auf gleiche Stufe gestellt wurden, unbedenklich bei.²⁾ Auch daß Friedrich

¹⁾ Moldner v. Kurbrandenburg. Staats-Verträge 1601—1700. Berlin 1867. 772.

²⁾ Df.-Fr. 25., 26. XI. 1688.

Christian hessischen und württembergischen Truppen den Durchmarsch durch sein Land nach Holland verweigerte, war zum großen Teil ein Ausfluß seiner Säkularisationsfurcht. Fürst Waldeck besorgte auch hinsichtlich der Truppenhilfe aus Pommern und Bremen einen ähnlichen hartnäckigen Widerstand.¹⁾

Friedrich Christians Stellung in der Religionsfrage ist demnach durchaus politisch gewandt. Sein religiöser Eifer richtet sich nicht gegen den Protestantismus als solchen, sondern nur gegen die deutschen Protestanten, vorzugsweise die, welche ihm benachbart sind, er beruht also auf Furcht vor wirklichen oder vermeintlichen Gefahren. Nicht selten hat ihm in den späteren Jahren der religiöse Gegensatz zugleich auch als Vorwand oder Deckmantel gedient, um seine politischen Bestrebungen der Aufmerksamkeit des Kaisers und der Alliierten zu entziehen.

Die gespannten Beziehungen des Bischofs zu den deutschen Protestanten führten noch im Winter 1688/89 zu einem Zusammenstoß mit Brandenburg. Friedrich III. hatte sich erboten, die bedrohten kurkölnischen Plätze Dorsten und Recklinghausen militärisch zu sichern. Joseph Clemens von Köln aber übertrug am 28. Oktober die Besetzung und den Schutz derselben dem Bischof von Münster, der nichts Eiligeres zu tun hatte, als dieser Aufforderung nachzukommen. Zugleich ersuchte Friedrich Christian den Kurfürsten von Bayern, beim Kaiser dahin vorstellig zu werden, daß die protestantischen „Armierten“ Westfalen mit ihren Einquartierungen verschonten.²⁾ Bei den Auseinandersetzungen zwischen dem brandenburgischen Kurfürsten und dem Münchener Kabinett erreichte man zwar einen gewissen Interessenausgleich zwischen Brandenburg und Münster, aber auf die Kunde von bedrohlichen Operationen der Feinde und angesichts der Unzulänglichkeit der münsterischen Garnisonen bemächtigte sich der brandenburgische Feldmarschall von Schönning am 17. Februar gewaltjam der beiden Orte und nahm im Interesse

¹⁾ Waldeck an Wilhelm III. v. Oranien. 5. X. 1688. (Müller: Wilhelm III. v. Oranien und Georg Friedrich v. Waldeck. Haag 1873—80. Weil. S. 112.)

²⁾ Böhmländer a. a. D. 57.

der Sicherheit der brandenburgischen Besitzungen das Besatzungsrecht für sich allein in Anspruch. Die Ausweisung der münsterischen Truppen wirkte alarmierend in Münster und verschlechterte die politischen Beziehungen ganz außerordentlich.¹⁾

Die offensichtlich neutrale Haltung des Bischofs hatte zur Folge, daß der Gegensatz auch von seiten Brandenburgs eine Verschärfung erfuhr. Friedrich Christian konnte sich der Ausführung der Bestimmung in der münsterischen Konvention vom 20. September, die eine Wiederaufnahme der Kölner Kreisokonferenz forderte, nicht entziehen. Am 10. November wurde ein Direktorialreglement für die 4500 Mann starke Kölner Kreisgarnison aufgestellt.²⁾ Da man sich in Köln aber wegen hartnäckiger Vorrechtsansprüche Münsters über die Ausführungsbestimmungen nicht einigen konnte, wurde eine besondere Konferenz nach Dorsten berufen, wo am 29. November ein Vergleich zustande kam.³⁾ Weniger geneigt zeigte sich Friedrich Christian jedoch, die versprochene Truppenhilfe nach Köln zu entsenden. Friedrich III. von Brandenburg und Wilhelm von Oranien aber waren beide eifrigst darum bemüht.⁴⁾ Der brandenburgische Geh.-Rat Fuchs bekam den Auftrag, den Bischof zu bestimmen, daß er sofort wenigstens 1500 Mann nach Köln werfe und alle Kräfte zum Schutze des Reiches einsetze.⁵⁾ Friedrich Christian stellte gleichwohl erst für Mitte Dezember eine Verstärkung der Kölner Garnison in Aussicht.

Der brandenburgische Kurfürst war unermüdlich, er versuchte mit allen Mitteln, Friedrich Christian aus seiner neutralen Haltung zu drängen. So wurde Anfang Dezember wiederum der clevische Vizekanzler v. Beyer nach Münster geschickt, um den Bischof zu einem Defensivbündnis mit Brandenburg zu bewegen. Dieser Eifer des Kurfürsten erklärt sich einerseits aus der Bedeutung, die er einem tatkräftigen Eingreifen des Bischofs für die Förderung seiner und der Interessen des Reichs beimaß. Die Macht

¹⁾ Waldeck an Wilhelm III. 25. II. 1589. (Müller 140.)

²⁾ M. L. N. 468. Nachtrag B. 82. Dr.

³⁾ Df.-Pr. 23. XI. 1688. M. L. N. 468. Nachtrag B. 82, 94. Dr.

⁴⁾ Wilhelm III. an Waldeck 26. X. 1688. (Müller, Beil. S. 115.)

⁵⁾ Böhmländer a. a. D. 57.

des Bischofs und die günstige Lage seines Landes als Zugang zu den brandenburgischen Besitzungen im Westen, die zu erwartende Rückwirkung auf die öffentliche Meinung der Katholiken mußten ihm eine Allianz als sehr erstrebenswert erscheinen lassen. Andererseits war es die Besorgnis, daß der Bischof seine Beziehungen zu Frankreich noch enger knüpfen könne. Friedrich Christians Bescheid lautete, wie nicht anders zu erwarten war, ablehnend. In der Resolution an Beyer sind manche der angeführten Gründe mehr als bloße Vorwände.¹⁾ Von einer Defensivallianz verspricht er sich keinen Vorteil für das Bistum, fürchtet im Gegenteil, die nahen Franzosen dadurch zum Einfall in sein Land zu reizen. Er zieht es vor, die Beschlüsse des Kaisers und Reichstags, die Entwicklung der Verhältnisse in England und der kriegerischen Operationen am Oberrhein abzuwarten und hält es auch für möglich, daß zur Vermeidung des Krieges der 20jährige Waffenstillstand doch noch in einen Frieden verwandelt werde. Um den gefürchteten Magdeburger Verbündeten keinen Vorwand zu irgend welchem gewaltsamen Vorgehen zu bieten, erklärt sich der Bischof bereit, schriftlich zu versichern, daß er „ganz freye Hände“ habe, und weder mit Frankreich noch sonst jemandem „engagirt“ sei. Diese Versicherung ist zweifellos glaubwürdig und sehr bezeichnend für die Stellung des Bischofs. Feste Abmachungen zu treffen, auf Grund deren er auch bestimmte Verpflichtungen hätte übernehmen müssen, daran hinderte ihn die Furcht vor den Protestanten und die Ungeklärtheit der politischen Lage, dazu hätte er sich damals mit seinen Bestrebungen noch völlig isoliert gefunden. Friedrich Christian hatte den Wunsch, zu einem festen Neutralitätsabkommen zu gelangen, einstweilen aber mußte er sich noch auf eine Neutralität ohne vertragliche Festlegung beschränken.

Der Kurfürst wollte sich nun wenigstens vergewissern, was im Falle eines Angriffes auf den westfälischen Kreis von ihm als kreisauschreibendem Fürsten zu erwarten sei.²⁾ Jedoch der Bischof ließ sich nicht in die Enge treiben, diplomatisch antwortete er, wie er seine Pflicht gegen das

¹⁾ Df.-Fr. 10. XII. 1688.

²⁾ Memoriale Beyers an den Bischof 13. XII. 1688. (M. R. N. 468, 280. Dr.)

Reich erfülle, sei er auch dann geneigt, das Seinige zu tun, soweit die Sicherheit seiner Lande und Untertanen es zulassen.¹⁾ Sehr bald schon kam Friedrich III. in die Lage, diese Zusicherung in der Praxis zu erproben. Auf das Gerücht von einer französischen Kontributionsandrohung gegen das Herzogtum Cleve war er entschlossen, seine 3000 Mann sofort aus Köln abzurufen, und forderte den Bischof auf, die Lücke auszufüllen.²⁾ Friedrich Christian erklärte sich zwar bereit, Truppen nach Köln zu schicken, aber den besten Schutz für die Stadt glaubte er doch in der Annahme des Fürstenbergischen Neutralitätsangebotes erblicken zu müssen.

Die auffallende Tatsache, daß des Bischofs Lande verschont blieben, während rings umher alles verwüstet wurde, ließen bei dem Kurfürsten die Zweifel an der Aufrichtigkeit seiner Versicherungen nicht schwinden. Er wandte sich an den Kaiser, daß dieser den Bischof zu einer befriedigenden Erklärung dränge, und riet ihm, solange mit der Bestätigung der Regalien zurückzuhalten, bis er hinreichende Bürgschaft habe.³⁾ Friedrich Christian war sich durchaus im Klaren, wie die Stimmung in Berlin sich gegen ihn verschärft hatte, und war im Einvernehmen mit seinem Domkapitel entschlossen, jeder feindseligen Handlung des Kurfürsten mit „Defensions- und andern mitteln“ zu begegnen.⁴⁾

So hatte sich schon in den ersten Monaten ein politischer und religiöser Gegensatz zwischen Friedrich Christian und dem Kurfürsten von Brandenburg herausgebildet, der im Verlaufe des Krieges immer wieder hervortrat und eine besonders scharfe Form annahm zu Beginn des nun folgenden Jahres.

Die Bedeutung des Jahres 1689 liegt nach Ranke in der Tatsache begründet, daß zum erstenmal seit Jahrhunderten sich die deutschen Fürsten und Stände beider Konfessionen zum Widerstand gegen Frankreich vereinigten.⁵⁾ Die Reichstags-sitzung vom 14. Januar gestaltete

¹⁾ Antwort des Bischofs 15. XII. 1688. (M. V. N. 468, 280. Cpt.

²⁾ Haake a. a. D. 67.

³⁾ Fufendorf I. § 48. S. 61.

⁴⁾ Df.-Br. 10. XII. 1688.

⁵⁾ Ranke: Zwölf Bücher preußischer Geschichte. Leipzig 1874. I. II. 416.

sich zu einer bewegten Kundgebung für den Krieg; die Erklärung des Reichskrieges folgte am 3. April, am 12. Mai wurde der Grund zur großen Allianz gelegt, und in dem nun beginnenden Kampf sah Ludwig XIV. keinen deutschen Reichsfürsten auf seiner Seite. Jedoch um eine dauernde Gesamtwirkung zu sichern, dazu fehlte es an echtem Vaterlands- und nachhaltigem Allgemeingefühl, die Gleichgültigkeit und das partikuläre Interesse gewannen bei den einzelnen Fürsten nur zu bald wieder die Oberhand. Bei Friedrich Christian war schon von vornherein von einer kriegerischen Stimmung, Begeisterung oder Entrüstung über die französischen Greuelthaten in der Pfalz und den Rheinlanden nichts zu spüren. Er sah in der Kriegserklärung des Reichstags nur ein übereiltes und unbedachtames Vorgehen.¹⁾ Die Gesandten Münsters und Paderborns versuchten sogar, die patriotische Stimmung des Reichstags am 14. Januar zu ernüchtern und einen Beschluß hinauszuschieben, dadurch, daß sie die Frage nach der militärischen Bereitschaft in die Erörterung warfen.²⁾ Dieses Manöver mißglückte zwar gänzlich, aber Friedrich Christian dachte einstweilen nicht daran, seine Pflicht als Reichsfürst zu erfüllen.

Den Schlüssel zum Verständnis seiner Zauderpolitik hat man in der Furcht vor den protestantischen Alliierten zu finden gemeint.³⁾ In der That hatte der Argwohn der Katholiken durch die nach dem hannoverschen Rezesß vom 30. Januar vorgenommene selbständige Quartieransteilung Brandenburgs und der braunschweigischen Herzöge im niederländischen, westfälischen und oberländischen Kreise eine drohende Bestätigung gefunden. Als dann Hannover schon in Hildesheim zur Ausführung schritt, und von Brandenburg ein Gleiches in Paderborn zu befürchten stand, da konnte auch Friedrich Christian berechtigte Besorgnis hegen und Bedenken tragen, seine Truppen aus der Hand zu geben. Als Herr einer ansehnlichen Heeresmacht fühlte er sich berufen zum Schutz der katholischen Interessen im Norden. Als er sich dennoch entschließen

¹⁾ Instruktion für Ferdinand v. Plattenberg 23. VII. 1697. (M. G. N. 480, 65. Cpt.)

²⁾ Haake 71. —

³⁾ Haake 83.

mußte, seine Streitkräfte dem Reich zur Verfügung zu stellen, schob er dem Kaiser die Verantwortung zu, wenn die katholischen Territorien unter dem Vorwand der Quartieranweisung den Protestanten in die Hände fielen.¹⁾ Das Bekenntnis des Bischofs, daß ihm die Haltung der protestantischen Fürsten je länger desto verdächtiger vorkomme, ist gewiß wesentlich zum Verständnis seiner Zauderpolitik, aber das Zaudern beruhte doch im Grunde auf seinen Neutralitätsbestrebungen, und diese finden ihre Erklärung in erster Linie in dem Verhältnis zu Frankreich. Die Furcht vor den Protestanten ist hierbei insofern von Wichtigkeit, als unter den Erwägungen des Bischofs sie es vor allem war, die ihn davon zurückhielt, die Beziehungen, die ihn mit Frankreich verbanden, noch enger zu knüpfen.

Die allgemeine politische Lage hatte Friedrich Christian darin bestärkt, bei seiner bisherigen Politik zu verharren. Von Frankreich hatte er die Versicherung erhalten, daß an einen Bruch mit England nicht zu denken sei.²⁾ Die Friedensverhandlungen mit den Türken waren gescheitert, und eine Verständigung zwischen dem Papst und Ludwig XIV. sollte angebahnt sein. Aber die Verhältnisse entwickelten sich anders, als Friedrich Christian erwartet hatte, und machten seine Stellung unhaltbar. Von zwei Seiten wurde er aus seiner Neutralität gedrängt, von Brandenburg und dem Kaiser. Von neuem erschien v. d. Busche im Auftrage des Kurfürsten in Münster und erklärte ganz unumwunden, daß es für den Bischof an der Zeit sei, die Maske fallen zu lassen und sich von dem Verdachte zu reinigen, als ob zwischen ihm und Frankreich ein Neutralitätsabkommen geschlossen sei. Sollte er noch weiter in der Reserve verharren, dann werde es für sein Land die schwersten Folgen haben. Kategorisch wurde eine Verstärkung für die Kölner Garnison und die Vereinigung seiner Truppen mit den brandenburgischen zu gemeinsamem Angriff gefordert.³⁾

¹⁾ Haake 83.

²⁾ Pruz: Brandenb. Politik 1689. Zeitschrift für preussische Geschichte und Landeskunde 14. S. 313.

³⁾ Proposition des brandenb. Gesandten v. d. Busche 11. II. 1689. (M. G. N. 468. 280. Dr.)

Der Bischof erwiderte ziemlich verärgert, daß man ihm Sachen zugemutet habe, die nicht in seiner Macht gestanden hätten, da seine militärische Rüstung noch nicht abgeschlossen gewesen sei, und wies von neuem die Vermutungen über seine Beziehungen zu Frankreich als unbegründet zurück. Trotz aller Einwendungen mußte er doch Zugeständnisse machen, sobald seine Werbungen es ermöglichten, sein Truppenkontingent nach Köln zu schicken und mit Brandenburg gemeinsam vorzugehen, nachdem der noch erwartete kaiserliche Gesandte über die geplanten Operationen Mitteilungen gemacht hatte.¹⁾ Es war der Frhr. v. Gödens, der als außerordentlicher Gesandter nach Münster kam, um im kaiserlichen Auftrage den Bischof an die Erfüllung seiner Pflichten als Reichsfürst zu mahnen.

Für Friedrich Christian bestand jetzt nur noch die Wahl zwischen völligem Anschluß an Frankreich oder Teilnahme an der großen Bewegung, die das Reich ergriff. Er traf seinen Entschluß, wie die Sicherheit seiner Stellung und seines Landes es gebot. Die überraschende Einigkeit der Stände des Reichs schien eine Gewähr zu bieten für eine erfolgreiche Durchführung des Kampfes. Da von allen Seiten schon deutsche Streitkräfte im Anmarsch an die Rheingrenze waren, war ein Einfall der Feinde in das Bistum kaum noch zu befürchten, es bestand vielmehr auf feindlicher Seite geringe Hoffnung, die besetzten niederrheinischen Gebiete gegen einen entschlossenen Angriff behaupten zu können. Ernstliche Gefahren aber drohten bei einer ablehnenden Haltung dem Bischof von Seiten des Reichs. Brandenburg zumal hatte seine Absichten unzweideutig zu verstehen gegeben. Gleichgesinnte hatte er damals unter den Reichsfürsten noch nicht gefunden, auch für Aufrechterhaltung der Neutralität konnte er von keiner Seite Unterstützung erwarten. Diese Erwägungen führten Friedrich Christian zu dem Entschluß, dem Bunde gegen Frankreich beizutreten. Sein aktives Eingreifen in den Krieg war nur durch die Lage der Verhältnisse erzwungen. Es war vorauszusehen, daß er sich, sobald sich nur eine Möglichkeit bot, den schweren Lasten des Krieges zugunsten der auch finanziell wesentlich

¹⁾ Resolution des Bischofs. Entwurf. (M. L. N. 468. 280.)

vorteilhafteren Bedingungen einer gesicherten Neutralität zu entziehen suchen werde.

2. Die Teilnahme am Reichskrieg.

Die französischen Heere hatten sich nach der Verwüstung der Pfalz vor den „Armierten“ des deutschen Nordens und den aus Ungarn heranrückenden kaiserlichen und reichsdeutschen Truppen in die Defensive zurückgezogen, in der Erkenntnis, daß sie auf allen Fronten zugleich den Kampf nicht aufnehmen könnten. Als es sich jetzt darum handelte, von deutscher Seite aggressiv vorzugehen, stellten sich einer gesicherten Kriegsführung große Schwierigkeiten entgegen, die in der staatlichen Zersplitterung und dem Mangel an einer organisch ausgebildeten Reichsheeresverfassung begründet waren. Wohl einigte man sich in der Wiener Konferenz vom 15. April 1689 auf die Aufstellung dreier Heere, am Ober-, Mittel- und Niederrhein, aber man umging es geßfientlich, auch im einzelnen die Durchführung gemeinsamer Operationen sicher zu stellen. Die kaiserliche Autorität war den Sonderbestrebungen der Fürsten gegenüber machtlos, die Dauerinstitution des Haager Kongresses, sowie umständliche Beratungen und Zusammenkünfte aber vermochten nicht, die Einheitlichkeit einer obersten Heeresleitung zu ersetzen. Trotz der bedeutenden Ueberlegenheit der deutschen Streitkräfte konnte man sich 1689 zu einem energischen Vorstoß in französisches Gebiet nicht entschließen, man beschränkte sich auf Säuberung des linken Rheinufers und legte die Truppen durch Belagerung der stärksten Plätze fest.

Der Kurfürst von Brandenburg, dem der Oberbefehl am Niederrhein übertragen worden war, hatte auch die Fühlung mit der verbündeten holländischen Armee unter dem Fürsten Georg Friedrich v. Waldeck herzustellen. Ihm war ferner die Aufgabe zugewiesen, den Widerstand Fürstenbergs zu brechen und die niederrheinischen Gebiete dem Feinde zu entreißen. Zur Mitwirkung an der Befreiung des Niederrheins waren auch die Truppen des Bischofs von Münster dem Kommando des brandenburgischen Kurfürsten unterstellt, nachdem die Verhandlungen Brandenburgs und des Kaisers mit dem Bischof in einem Vertrage vom 12. März 1689 den erwünschten Abschluß ge-

funden hatten.¹⁾ Der Bischof mußte sich entschließen, seine Neutralitätsbestrebungen aufzugeben und am Kampfe gegen Frankreich teilzunehmen.

In dem Vertrage verpflichtete er sich, 3500 Mann zu Fuß und 2000 zu Pferde zum Heere des Kurfürsten stoßen zu lassen und 12 Kompagnien zur Besatzung von Köln zu stellen. Er konnte es wagen, daran seinerseits Bedingungen zu knüpfen. Er erhob Anspruch auf das Mitbesatzungsrecht in Dorsten, wo sich seit dem 17. Februar der Kurfürst zum alleinigen Herrn gemacht hatte; und auf Subsidien oder Quartiere, die die westfälischen Stände an Münster und Brandenburg zu gleichen Teilen gewähren sollten.²⁾ Letztere Forderung war aber durchaus nicht nach dem Geschmack des Berliner Hofes, denn dort beabsichtigte man, alle etwaigen Beihilfen möglichst allein zu genießen. So barg auch diese Frage neue Keime des Konfliktes mit Brandenburg in sich,³⁾ aber diesmal lag die Entscheidung beim Kaiser, der das Recht für sich in Anspruch nahm, Assignationen auf Quartiere an die „armierten“ Stände zuerteilen. Münster erhob Quartierforderungen in Höhe von 200 000 Gulden⁴⁾ und wurde beim Kaiser auch dieserhalb vorstellig. Aber erst, als die tatkräftige Teilnahme des Bischofs an den kriegerischen Operationen zuverlässige Garantien bot, entschloß sich der Kaiser im Juli, Friedrich Christian für die über das Reichskontingent hinaus gestellten Truppen durch Quartieranweisung zu entschädigen.⁵⁾ Wie hoch die Einkünfte gewesen sind, die der Bischof aus diesen Assignationen sowie auch aus sonstigen Subsidien bezogen hat, darüber lassen sich ebensowenig auch nur annähernd genaue An-

¹⁾ Rufendorf II § 52. S. 155.

²⁾ Waldeck an Wilhelm III. 15. III. 1689. (Müller 144.)

³⁾ Waldeck an Wilhelm III. 22. III. 1689. (Müller 146.)

⁴⁾ Haake 107.

⁵⁾ Urk. Jt. W. 4753. Dr. Folgende Stände hatten einen Beitrag zu leisten: Graf v. Bentheim 25.000 Gulden, Tecklenburg 15.000 G., Rietberg 8.000 G., Corvey 7.000 G., Pyrmont 5.000 G., Hggtm. Westfalen — West Recklinghausen 25.000 G., Grafschaft Lippe 18.000 G., Stadt Bremen 50.000 G., zus. 153.000 G. — Für etwaigen Ausfall: Grafsch. Schaumburg-Lippe 7.000, Grafsch. Oldenburg, Delmenhorst 25.000 G. —

gaben machen, wie über die Art ihrer Verwendung.¹⁾ Tatsache ist aber, daß die Subsidienfrage bei den politischen Berechnungen Friedrich Christians mit an erster Stelle gestanden hat,²⁾ denn das Stift selbst bot nicht die Mittel, um in kriegerischen Zeiten zugleich die Bedürfnisse des Heeres, des Landes und auch des Fürsten zu befriedigen. Subsidien, auf welche Art sie auch einkommen mochten, boten da eine günstige und vielbegehrte Einnahmequelle.

Es war vorauszu sehen, daß man nicht zugleich auf eine nachdrückliche Unterstützung durch die gesamte münsterische Streitmacht würde rechnen können, deshalb hatte Kurfürst Friedrich beschlossen, den eigentlichen Feldzug persönlich erst im April zu eröffnen. Der brandenburgische Feldmarschall v. Schöning bekam aber Befehl, im März durch einen Streifzug den Plünderungszügen der Franzosen, in deren Hand fast sämtliche feste Plätze waren, Einhalt zu tun. Diese Unternehmung leitete die Befreiung der niederrheinischen Lande von der französischen Okkupation ein. An der Säuberung des Herzogtums Westfalen beteiligten sich auch schon münsterische Truppen. Die Stände des Herzogtums hatten bei Fürstenberg die Räumung der festen Plätze Werl und Arnsberg durchgesetzt und um Besatzung und Schutz für dieselben den Bischof von Münster ersucht. Dem daraufhin mit einigen Mannschaften abge sandten münsterischen Obersten v. Hötensleben³⁾ gelang es, sich dieser Schlösser, deren Kommandant de Gregy die freiwillige Räumung hinauszuschieben suchte, mit List und Gewalt am 21. März zu bemächtigen.⁴⁾ Über das alleinige Besatzungsrecht Münsters in diesen Orten traf noch im Frühjahr der münsterische Gesandte v. Schmising mit der brandenburgischen Regierung in Berlin eine Vereinbarung, zugleich wurden für Dorsten

¹⁾ Böcker: Die innere Politik des Fürstbischofs von Münster, Friedrich Christian v. Plettenberg. Hildesheim 1908. S. 77.

²⁾ Lt. Pr. 18. VIII. 1701.

³⁾ Das Theatrum Europaeum (XIII, 718), Pufendorf (II. 951. S. 155.) und Haake (81) geben dem Obersten den Namen v. Heydersleben, aus den Akten des münsterischen Staatsarchivs läßt sich jedoch nur ein Oberst v. Hötensleben belegen und zwar zu verschiedenen Malen.

⁴⁾ Notificatio wegen Okkupierung von Werl und Arnsberg. 24. III. 1689. (M. V. N. 468. 280. Cpt.)

gleiche Rechte Brandenburgs und Münsters, sowie alternerendes Kommando festgelegt.¹⁾

Die ansehnlichen Erfolge, die dieser erste Vorstoß der verbündeten Truppen aufzuweisen hatte, wurden bald schon wieder in Frage gestellt durch gehässige Streitigkeiten unter den Heerführern und den plötzlichen Abmarsch des mit den Brandenburgern bisher vereinigten holländischen Kontingents unter Generalleutnant Nylva am 2. April. Schöning ersuchte den Bischof von Münster, diesen Ausfall an Streitkräften durch seine Truppen zu ersetzen. Friedrich Christian jedoch wies dies Ansinnen zurück und machte seine weiteren Entschlüsse von dem Ausfall der von Waldeck anberaumten Konferenz und der Bereitwilligkeit der Holländer zu fernerer Hilfeleistung abhängig²⁾. Mit der Säuberung des Herzogtums Westfalen war zwar die drohendste Gefahr für Münster beseitigt, der Bischof aber war nicht gewillt, allzu frühzeitig sich und sein Land des besten Schutzes zu berauben, er wollte auch seine Truppen nicht unnötig belasten. Auch ein Schreiben des Kurfürsten mit der Nachricht, daß Fürstenberg bereits das Erzstift verlassen habe und die Franzosen ihre Sache am Niederrhein verloren gäben, vermochte die Bedenken Friedrich Christians, daß man der an der Mosel konzentrierten feindlichen Armee nicht gewachsen sei, nicht zu zerstreuen.³⁾ Bei der Konferenz, die dann am 14. April in Xanten stattfand, stellte Waldeck nur eine vorübergehende Mitwirkung holländischer Truppen am Niederrhein in Aussicht und schlug eine sofortige Vereinigung münsterischer Kavallerie mit dem brandenburgischen Korps vor. Der münsterische Oberbefehlshaber Generalwachtmeister v. Schwarz wies diese Zumutung mit dem Hinweis auf die Unfertigkeit der Rüstungen zurück, versprach aber, mit allen marschfähigen Streitkräften an die Ruhr zu rücken und die dort stehenden Brandenburger zu ersetzen.⁴⁾ Noch immer also zeigte sich keine Möglichkeit planmäßigen und energischen Zusammenwirkens.

¹⁾ Friedrich Christian an Friedrich III. 10. I. 1689. (M. L. N. 468. 280. Cpt.)

²⁾ Fr. Christian an Friedr. III. 6. IV. 1689. (M. L. N. 468. 280. Cpt.)

³⁾ Friedr. III. an Fr. Christian. 13. IV. 1689. (M. L. N. 468. 280. Dr.)

⁴⁾ Fr. Christian an Friedr. III. 18. IV. 1689. (M. L. N. 468. 280. Cpt.)

Das wurde jedoch mit einem Schlage anders, als am 30. April der Bischof die offizielle Mitteilung erhielt, daß Brandenburg auf den hannoverschen Quartierrezess vom 30. Januar verzichtet habe und sich mit den ihm vom Kaiser assignierten Quartieren zufrieden gebe.¹⁾ Nun entschloß sich der Bischof zu gemeinsamem Vorgehen mit Brandenburg²⁾ und versprach zum 20. Mai das Eintreffen seines ganzen Kontingents in der Nähe von Kaiserswerth.³⁾ Schwarz erhielt sogleich Befehl, mit einem Teile dieser Truppen, 2400 Mann zu Fuß und 800 Dragonern am 10. und 11. Mai nach der Ruhr aufzubrechen, die übrigen sollten am 20. Mai folgen.⁴⁾ Die Einheitlichkeit der Operationen war gesichert. Es war die Furcht vor dem selbstherrlichen Schalten der protestantischen „Armierten“ gewesen, die Friedrich Christian hatte Bedenken tragen lassen, sogleich seine gesamte Streitmacht für die Operationen freizugeben.

Die münsterischen Truppen haben sich in den nun folgenden Kämpfen wacker geschlagen. Zumal die Artillerie, seit den Zeiten Christoph Bernhards weit bekannt, hatte an der Bezwingung der feindlichen Bollwerke hervorragenden Anteil. In dem Kommandeur des Artilleriewesens, Lambert Friedrich v. Corfey, befaß der Bischof einen Offizier, um den man ihn allenthalben im Reich beneidete. Noch im Frühjahr 1689 bemühte sich der Kaiser, ihn für den Oberrhein zu gewinnen, aber Friedrich Christian ging nicht darauf ein.⁵⁾

¹⁾ Haake 86.

²⁾ Haake 86.

³⁾ Gemäß dem Vertrage vom 12. März standen 6000 Münsterer unter dem Oberbefehl des Kurfürsten von Brandenburg, zur Verfügung desselben jedoch nur 4692 Mann (6 Bat. Inf. = 3342, 12 Kür. und 6 Drag.-Komp. = 1350) — (Mars: Der Feldzug 1689 in Deutschland. Österr. militär. Zeitschr. 1848. I. S. 120.)

⁴⁾ Friedrich Christian an das Domkapitel. 3. V. 1689. (M. L. A. Militaria, Nachträge Dr.) Von münsterischen Truppenbeständen sind im Mai nach dem Rhein kommandiert: Die Inf.-Reg. des Gen.-Wachtm. v. Schwarz, der Obristen v. Corfey, v. Landsberg, v. Gogreve; die Drag.-Reg. der Obristen v. Hötensleben und v. Raesfeld; die Reiter-Reg. des Brigadiers v. Schade und des Obristen v. Nagel. (Msc. Erlr.)

⁵⁾ Msc. Erlr. 1689.

Nachdem Schwarz sich in Neuß mit dem brandenburgischen Generalissimus v. Schöning verständigt hatte, wurde am 3. Juli ein allgemeiner Kriegsrat in Ratingen abgehalten, in dem man ganz den Anschauungen der Zeit entsprechend nicht glaubte zu gunsten einer offenen Feldschlacht auf die Belagerung der Festungen verzichten und sich auf eine Blockade beschränken zu können. So wurde von den verbündeten Brandenburgern, Holländern und Münsterischen zuerst die Belagerung von Kaiserswerth in Angriff genommen. Zugleich wurden die münsterischen Kavallerieregimenter Schade, Hötensleben und Raesfeld gegen Bonn beordert, um die Bewegungen der Franzosen dort zu beobachten¹⁾ Gleich nach der Vereinigung mit den Brandenburgern beanspruchten die münsterischen Truppen den Vorrang, indem sie sich auf die Stellung des Bischofs als Direktor des westfälischen Kreises beriefen. Damit konnten sie jedoch nicht durchdringen, denn die Brandenburger machten demgegenüber ihre Bedeutung als selbständige kriegsführende Macht geltend.²⁾

Bei der Belagerung der Festung Kaiserswerth hat auch das münsterische Korps nicht wenig zum Erfolge beigetragen und sich das Lob des Kurfürsten und der obersten Kommandostellen verdient.³⁾ Vielleicht war es mehr als ein „glücklicher Zufall“⁴⁾ daß eine der gefürchteten münsterischen Bomben den Schloßturm, in dessen Gewölben die Pulvervorräte lagerten, traf und dadurch den Fall der Festung beschleunigte. Schon am 25. Juni kapitulierte der Kommandant. Als Besatzung wurden auch 200 Mann von den münsterischen Truppen in die Stadt gelegt.

Über die Fortführung der Operationen waren die Ausichten im brandenburgischen Hauptquartier schon längere Zeit geteilt gewesen, bis der Kurfürst dann den Schöning-Waldeck'schen Plan einer weitausgreifenden Aggressive fallen ließ und sich für eine Unternehmung gegen Bonn

¹⁾ v. Landsberg: Die Belagerung von Kaiserswerth durch den Kurfürsten Friedrich III. v. Brandenburg im Jahre 1689, her. v. H. Deiters. Düsseldorf 1900.

²⁾ Busendorf II, § 54. S. 157.

³⁾ Friedrich III. an Friedrich Christian. 26. VI. 1689. (M. L. N. 468. 280. Dr.)

⁴⁾ Haake 112.

entschied. Nach dem Falle von Kaiserswerth wurde die münsterische Infanterie geteilt. Die Regimenter Landsberg und Gogreve vereinigten sich mit dem Gros der brandenburgischen Armee, das von Neuß aus auf dem linken Ufer des Rheins gegen Bonn anmarschieren sollte. General v. Schwarz und Oberst von Corfey zogen mit einem brandenburgischen Korps unter General v. Barfuß am rechten Rheinufer weiter, um die Bonn gegenüberliegende Beueler Schanze zu nehmen und von hier aus durch Beschießung die Festung zu rascher Übergabe zu zwingen.¹⁾ Ihnen war also die Hauptaufgabe zugedacht. Bei dem Angriff auf die Schanze gelang es der sicheren Leitung der Artillerie durch Corfey, am 11. Juli das Pulvermagazin zur Explosion zu bringen und bei dem dadurch eingeleiteten Sturm eines der drei Boote, auf denen die Besatzung sich zu retten suchte, in den Grund zu schießen. Eine münsterische Abteilung unter dem Hauptmann Kramer nahm einen Teil der fliehenden Feinde gefangen.²⁾

Der Kurfürst setzte jetzt alle Hoffnung auf ein Bombardement der Festung von der eroberten Schanze aus. Dieses wurde auch am 24. Juli von Weiler und Corfey, den brandenburgischen und münsterischen Artillerieobersten, in großem Stile durchgeführt, hatte verheerende Wirkungen, erreichte aber nicht seinen Zweck, Munition und Vorräte zu vernichten.³⁾ So tauchte denn die Frage auf, ob man zu einer regelrechten Belagerung schreiten oder sich mit einer Blockade begnügen und den Feind in offenem Felde auffuchen solle. Im Kriegsrat gingen die Ansichten auseinander, deshalb ließ sich der Kurfürst am 5. und 6. August von 10 Generälen schriftliche Gutachten einreichen.⁴⁾ Schon vorher hatte Bischof Friedrich Christian zu verstehen gegeben, daß ihm eine formelle Belagerung erwünscht sei, und er bei einer Blockade seine Truppen abberufen und auf das Ersuchen des Herzogs von Lothringen

¹⁾ v. Landsberg.

²⁾ *Theatrum Europaeum* . . . Frankfurt 1638—1738. XIII, 739.

³⁾ De Dangeau, II. 435, 438/39.

⁴⁾ v. Schöning: *Des Generalfeldmarschall S. A. v. Schöning Leben und Kriegstaten*. Berlin 1837. S. 299.

hin nach Mainz schicken werde.¹⁾ Bei dieser Forderung ist wohl die Sorge um die Sicherheit der niederrheinisch-westfälischen Lande maßgebend gewesen. Die Drohung jedoch, dem Wunsche des Herzogs zu willfahren, ist kaum ernst zu nehmen, denn er hätte sich dann jeder Möglichkeit, seine Truppen im Notfalle rasch an sich zu ziehen, beraubt. In Wirklichkeit hat er auch auf alle Aufforderungen wegen Ueberlassung seiner Truppen für die Belagerung von Mainz von Seiten des Kaisers, des Kurfürsten von Bayern und des Herzogs von Lothringen ablehnenden Bescheid gegeben.²⁾ Wir finden nur Corfey als Kommandeur des Artilleriewesens im Lager vor Mainz, während der Zeit, da die Belagerungsarbeiten vor Bonn fast zum Stillstand gekommen waren. Allerdings eine wertvolle Unterstützung, die Max Emanuel von Bayern dem Herzog von Lothringen noch streitig zu machen suchte.³⁾

Der Kurfürst von Brandenburg hatte sich für die Belagerung Bonns entschlossen, aber die Ausführung wurde schon bald in Frage gestellt, als die holländischen und Lüneburgischen Verstärkungen ausblieben, die Arbeiten sich verzögerten und angesichts der drohenden Gefahr französischen Entsatzes Schönning die Verantwortung ablehnte. In dem darauf zusammenberufenen Kriegsrat gab am 25. August auch der münsterische General sein Gutachten ab zugunsten einer Fortführung der Belagerung.⁴⁾ Kaum hatte sich der Kurfürst aber dieser Ansicht angeschlossen, da trat eine neue Stockung ein. Das Nahen eines Entsatzheeres unter Marschall Boufflers von der Mosel her und dringende Hülfegesuche von Mainz machten die Abwendung zweier Detachements erforderlich. Bei dem Korps, das unter Schönning in einer Stärke von 10000 Mann am 27. und 29. August Boufflers entgegenzog, befanden sich auch 2 Batl. münsterischer Infanterie und

¹⁾ Haake, 129.

²⁾ Friedrich III. an Friedrich Christian 22. VII., 4. VIII. 1689. (M. L. N. 468. 280. Dr.) Friedrich Christian an Friedrich III. 7. VIII. 1689. (M. L. N. 468. 280. Ept.)

³⁾ Corfey an Friedrich Christian 1. IX. 1689. (Mjc. Exler.)

⁴⁾ Schönning 307—10.

600 münsterische Reiter, im ganzen etwa 1200 Mann.¹⁾ Boufflers entzog sich aber durch rasche Schwentkung einem Zusammenstoß.

Die widrigen Umstände benutzte die Bonner Garnison, um in der Nacht vom 1. zum 2. September auf eine Redoute, welche von 200 Brandenburgern und 200 Münsterischen besetzt war, einen Ausfall zu machen.²⁾ Drei heftige Angriffe der Feinde fanden tapferen Widerstand und den mit Reservern rasch herbeigeeilten Generalleutnants Barfus und Schwarz gelang es, die Franzosen mit schweren Verlusten in die Festung zurückzuwerfen.³⁾

Die Belagerung machte bald raschere Fortschritte, als nach dem Falle von Mainz der Herzog von Lothringen am 24. September mit seinen Truppen zur Unterstützung vor Bonn eingetroffen war. Am 9. Oktober konnte man endlich zum Generals Sturm schreiten. Auch hierbei haben sich die Münsterischen ausgezeichnet, allerdings auch lange ungedeckt im Kampf gegen tapfersten Widerstand starke Verluste erlitten.⁴⁾ Am 12. Oktober wurde die Festung übergeben. Bei den Verhandlungen hatte Schwarz die Forderung gestellt, daß die Kapitulation von ihm mit unterschrieben und in derselben der Bischof namentlich erwähnt werde. Der Kurfürst aber wies dies Ansinnen zurück mit dem Hinweis, daß dann auch der holländische General, der Herzog von Lothringen, der Landgraf von Hessen und Erbprinz von Hannover gleiche Ansprüche erheben würden.⁵⁾ Als Besatzung zog dann mit den Alliierten auch das münsterische Regiment v. Landsberg in die Stadt.⁶⁾

¹⁾ Dauer: Die Eroberung von Bonn durch Kurfürst Friedrich III. v. Brandenburg im Jahre 1689. Jahrb. für die deutsche Armee und Marine 95. 96. Anl. 6. Schaumburg: Die Belagerung von Bonn durch Friedrich III. v. Brandenburg 1669. Festschrift: Bonn, Beitr. z. seiner Gesch. und seinen Denkmälern. Bonn 1868. S. 24/25.

²⁾ Kurbrandenb. Diarium vom Feldzuge 1689, 2.IX. (Schöning 201)

³⁾ Nic. Erler 1689.

⁴⁾ De Limiers: Histoire du règne de Louis XIV. Amsterdam 1717—20. V. 330.

⁵⁾ Friedrich III. an Friedrich Christian. 12. X. 1689. (M. L. A. 468. 280. Dr.)

⁶⁾ Bericht von Schwarz, Elversfeld, Corfey, Hötensleben (Nic. Erler)

Mit der Eroberung Bonn's fand der Feldzug seinen Abschluß, das Kurfürstentum Köln war dem Fürstenberger entrißen, der Niederrhein befreit. Angesichts der vorgeschrittenen Jahreszeit forderten nun die Generale Spaen und Schwarz für die zunächst zur Deckung der Länder gegen feindliche Einfälle bestimmten Truppen Winterquartiere zwischen Rhein und Maas. Sogleich aber erhoben Lüttich, Kurköln und Jülich-Berg lebhaftesten Einspruch. Auf einer besonderen Konferenz in Köln wurde den verbündeten Generälen jeder Beitrag an Fourage usw. glatt abgeschlagen. ¹⁾ Der Kaiser richtete in scharfer Form eine Aufforderung an den Bischof von Münster, Jülich-Berg unbehelligt zu lassen und seine Truppen in die Heimat zurückzuführen. ²⁾ Friedrich Christian sah sich gezwungen, wenn er die Truppen nicht auf eigene Kosten unterhalten wollte, was in der Fremde natürlich wesentlich kostspieliger war, als in der Heimat, sie Anfang November in das Bistum zurückzuziehen. Damit wurde aber die Hoffnung seines Domkapitels, daß dem Lande diese Lasten abgenommen werden würden, zu schanden; eine Mißstimmung war die Folge. ³⁾ Wenn andererseits die Regierungen am Rhein geglaubt hatten, der Bischof sei wegen der kaiserlichen Assignationen verpflichtet, seine Truppen am Rhein und ein Korps in Köln aus eigenen Mitteln zu unterhalten, so sahen sie sich getäuscht und mußten zu ihrem Schrecken gewahren, daß der Rhein den Winter über ohne jeden Schutz sein würde. Sie suchten jetzt den Bischof noch zu bestimmen, doch wenigstens das Landsbergische Regiment in Bonn zu belassen. ⁴⁾ Nach langem Hin und Her scheint der Bischof darin auch eingewilligt zu haben. ⁵⁾ Außerdem blieb dann in Köln des Kreises wegen das Regiment Eversfeld, von welchem 2 Kompagnien nach Rheinberg und eine nach Kaiserswerth verlegt wurden. ⁶⁾

¹⁾ Friedrich Christian an Ferd. v. Plattenberg 8. XI. 1689. (Mjc. Erlcr.) Lt. Pr. 28. XI., 20. X. 1689.

²⁾ Leopold I. an Friedrich Christian 24. X. 1689. (Mjc. Erlcr.)

³⁾ Lt. Pr. 9., 13. I. 1690.

⁴⁾ Schwarz an Friedrich Christian 4. XI. 1689. (Mjc. Erlcr.)

⁵⁾ Lt. Pr. 28. XII. 1689.

⁶⁾ Friedrich Christian an Ferdinand v. Plattenberg 11. XI. 1689. (Mjc. Erlcr.)

Während des Feldzuges 1689, in dem die münsterischen Truppen mit den brandenburgischen Schulter an Schulter gekämpft hatten, hatte sich zwischen dem brandenburgischen Kurfürsten und Bischof Friedrich Christian ein Einvernehmen herausgebildet, das noch im Oktober in dem Bunde des Kurfürsten, mit Friedrich Christian zusammenzukommen, lebhaften Ausdruck gefunden hatte. Die Frage der Winterquartiere gab den Anlaß, daß dieses gute Verhältnis wieder dem alten Gegensatz Platz machte. Friedrich III. hatte die Absicht gehabt, eigenmächtig Einquartierungen in den kurkölnischen und jülich-bergischen Landen vorzunehmen, und hatte auf das Einverständnis des Bischofs gerechnet.¹⁾ Als er sich aber darin getäuscht sah, nahm er fernerhin keine Rücksicht mehr. Den zurückkehrenden münsterischen Truppen wurde der Durchzug durchs Märkische verweigert,²⁾ in Dorsten die brandenburgische Garnison verstärkt und das alleinige Kommando in Anspruch genommen. Der Kurfürst selbst aber ging auf der Reise nach Berlin in auffallender Weise einem Zusammentreffen mit Friedrich Christian aus dem Wege. Als dieser wegen der Dorstener Angelegenheit Beschwerde erhob,³⁾ kehrte Friedrich III. seine „kurfürstliche praemienz“ heraus und verlangte, daß man ihn „mit dergleichen unnötigen quaestiones status nicht weiter moviere“.⁴⁾ Mit Kurköln traf der Kurfürst dann eine Verabredung wegen der Einquartierung brandenburgischer Truppen im Herzogtum Westfalen gegen bare Bezahlung. Danach sollten auch in Werl und Arnsberg, wo sich Münster bisher das alleinige Bezahlungsrecht gesichert hatte, brandenburgische Truppen mit eingenommen werden.⁵⁾ Alles dies, dazu das Umsichgreifen der Brandenburger und ihr selbstherrliches Schalten im Herzogtum Westfalen ließ den Bischof nicht zur Ruhe kommen.⁶⁾

¹⁾ Friedr. Christian an Ferd. v. Plettenberg. 8. XI. 1689 (Msc. Erlr.)

²⁾ Friedr. Christian an Ferd. v. Plettenberg. 11. XI. 1689 (Msc. Erlr.)

³⁾ Friedrich Christian an Friedrich III. 6. XI. 1689. (Msc. Erlr.)

⁴⁾ Friedrich III. an Friedrich Christian. 25. XII. 1689. (M. L. N. 468. 280. Dr.)

⁵⁾ Friedrich Christian an Friedrich III. 10. I. 1630. (M. L. N. 468. 280. Cp.)

⁶⁾ Friedrich Christian an Ferd. v. Plettenberg. 25. XI. 1689. (Msc. Erlr.)

Daß dieser scharffen Abkehr des Kurfürsten von seiner bisherigen Haltung noch eine tiefere Ursache zugrunde lag, läßt seine Erklärung erkennen, die er in Cleve dem münsterischen Gesandten abgab, „daß man genugahm beginne zu vermerken, ob sey es Katholischer seithen auf einen Religionskrieg angezehen“. Gerüchte, die in dieser Form die protestantischen Höfe beunruhigen mußten, waren keineswegs so völlig aus der Luft gegriffen. Es schwebten seit einiger Zeit geheime Verhandlungen über eine Allianz zwischen Münster, Paderborn, Lüttich und dem Kurprinzen von Pfalz, die man der Initiative des Bischofs von Münster zuschreiben kann.¹⁾ Die Furcht der kleineren katholischen Territorien vor Annektionsgelüsten der mächtigen protestantischen Fürsten war unüberwindlich, und kluge Politiker, wie Friedrich Christian, sorgten dafür, daß diese Furcht stets wacherhalten blieb. Die Gewißheit jedoch, daß über die beabsichtigte Allianz Kunde in die Öffentlichkeit gedrungen war, und noch dazu an den Hof des gefürchteten brandenburgischen Nachbarn, dessen wachsendes Mißtrauen sich bereits empfindlich fühlbar machte, veranlaßte Friedrich Christian, sogleich seine Pläne fallen zu lassen.²⁾ Dafür erhielt aber der Bruder des Bischofs, Ferdinand von Plettenberg, Domdechant von Paderborn und ein gewandter Staatsmann, dem Friedrich Christian alle wichtigen und streng vertraulichen Missionen übertrug, einen Auftrag, der für die tief eingewurzelte Furcht des Bischofs vor Gewalttätigkeiten der deutschen Protestanten überaus bezeichnend ist. Der Plan ging dahin, mit Ausschluß der norddeutschen Protestanten alle Kräfte des Reichs zusammenzufassen und in wuchtigen Schlägen einen raschen Frieden zu erzwingen, der allein die katholischen Territorien wieder sicher stellen konnte.³⁾ Zudem man die Gegensätze, in die der Lauenburgische Erbfolgestreit

¹⁾ Friedrich Christian an Ferd. v. Plettenberg. 4. XI. 1689. (Msc. Erlr.)

²⁾ Friedrich Christian an Ferd. v. Plettenberg. 11. XI. 1689. (Msc. Erlr.)

³⁾ Friedrich Christian an Ferd. v. Plettenberg. 18. XI. 1689. . . . „Wenichst ist es die hohe Zeit, daß darauf (Wiederherstellung des kathol. Ansehens) ernstlich undt sorgfältig gedacht werde, undt konte darzu daß gegenwärtige Sachsen-Lauenburger Wesen treßlich zu statten kommen. Wan unter denen hohen Pretendenten alß denen

die mächtigsten protestantischen Häuser gebracht hatte, unter der Hand lebendig erhielt, konnte man für längere Zeit die Kräfte dieser Fürsten festlegen. Dafür sollten die katholischen Fürsten in den Stand gesetzt werden, entsprechend größere Aufwendungen für den Krieg zu machen, um inzwischen, gesichert vor protestantischem Ränkepiel, eine rasche Entscheidung herbeiführen zu können. Friedrich Christian erklärte sich selbst bereit, gegen ausreichende Beisteuer ein Corps von 12 000 Mann aufzustellen.¹⁾ Gewiß gewährte ein solches Unternehmen größere Sicherheit als die geplante schwächliche Allianz, und stellte auch eine für die Interessen seines eigenen Bistums günstige Lösung dar, aber für die süddeutschen Katholiken waren doch ganz andere Bedingungen maßgebend. Deshalb waren diese Gedanken, trotzdem sie in München und bei den Wittelsbachern vorgebracht wurden, von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Wie in dieser Zeit die Politik des Bischofs von protestantischer Seite beurteilt wurde, dafür ist der Ausspruch eines brandenburgischen Ministers charakteristisch, „daß man nicht wisse, was man ahn dem Bischof von Münster habe.“²⁾

Hochtichtigsten Ankatholischen Häusern, die simultates unter der Hand fomentiert und dieser Successions streit nicht allzu geschwinde gedämpft werden möchte. Wan unterdeßen der Friede mit dem Türken gemacht und einigen catholischen Ständen, so noch capable etwas zur Sache zu thun, auf die Beine geholfen, Mir aber so viel zugestöwert würde, daß ein corps von zwölf tausend Mann formiren könnte, so wern man auf solche Weise der Kron Frankreich ohne daß zur Genüge gewachsen, undt wan von Kurbeyern mit Zuziehung der schwäbischen undt fränkischen Kreise eine armee ahme Oberrhein, von denen unirten Kayserlichen Tropfen ein oder zwey ahm Mittelrhein und von Mir und andern Allirten eine ahm Underrhein, von denen Generalstaaten aber und Spanien in Niederlanden eine guete armee gestellet und gedachte erohn damit conjunctim et viriliter angegriffen würde, fründe nechst Gott ahn guetem Success nicht zu zweiffeln, ein rechtshaffner reputirlicher Friede in kurzem zu erwerben und daß gesampfte Reich unter seinem Höchsten Oberhaupt in suo esse et statu beständig zu erhalten, verfolglic die periclitirende Religion und in Gefahr stehende viele Stifter zu retten und vor totalem Untergang zu praeserviren.“ (Mjc. Erlr.)

¹⁾ Das Anerbieten, gerade 12.000 Mann aufzustellen, und die Friedenssehnsucht legen den Gedanken nahe, daß dem Bischof schon damals die Bedingungen des Neutralitätsvertrages von 1691 vorgelegen haben. Nähere Anhaltspunkte jedoch fehlen.

²⁾ Fr. Christian an Ferd. v. Plattenberg. 15.XI.1689. (Mjc. Erlr.)

Die kriegerischen Operationen der Alliierten im Jahre 1690 waren nach dem vielversprechenden Anfang im vorhergehenden Jahre von merklicher Schlahheit, während Frankreich jetzt erst seine gewaltigen Machtmittel einsetzte. Der Einfluß der im Entstehen begriffenen großen Allianz trat in der Kriegsführung noch mit recht dürftigen Erfolgen in die Erscheinung, obwohl man sehr beträchtliche Streitkräfte zur Verfügung hatte. Es war die Aufstellung zweier Heere am Rhein geplant; eins unter Max Emanuel v. Bayern sollte in die Franche-Comté einbrechen, das andere unter Karl von Lothringen zwischen Maas und Mosel vorgehen. Zu letzterem hätten auch die Brandenburger stoßen sollen. Kurfürst Friedrich III. aber weigerte sich, seine Truppen einem fremden Oberbefehl zu unterstellen und schlug die Bildung dreier Armeen vor. Der Tod Karls von Lothringen am 18. April brachte nur eine scheinbare Lösung dieser Schwierigkeiten, denn nun tauchte die Frage auf, wer soll sein Nachfolger werden? Die Mehrheit des Haager Kongresses schlug den Kurfürsten von Brandenburg vor und ließ in Wien um Bestätigung ersuchen. Unter den Gesandten des Kongresses, die lebhaften Einspruch dagegen erhoben, befand sich auch der münstersche.¹⁾ Sie gaben ihrer Befürchtung Ausdruck, daß der Kurfürst eine solche Machtstellung zum Schaden der katholischen Länder rücksichtslos ausnützen werde und setzten ihre Hoffnung auf den Entscheid des Kaisers.²⁾ Man konnte in Wien dem Kurfürsten den Oberbefehl am Niederrhein nicht wohl verweigern, gewährte ihm aber nicht die Machtfülle, wie sie Karl von Lothringen zugehacht war. Es wurde die Aufstellung eines dritten Heeres am Mittelrhein unter Oberbefehl des Landgrafen von Hessen-Cassel in Aussicht genommen, Friedrich III. aber blieb außer den seinigen nur die Verfügung über die münsterschen Truppen, da Jülich und Lüttich ihre Kontingente nur innerhalb ihrer Länder zu Operationen freigeben wollten.³⁾ An größere Unternehmungen konnte er also nicht denken.

¹⁾ Klopp, V. 116.

²⁾ Klopp, V. 340. Anl. I.

³⁾ Pufendorf, III. § 28. S. 239.

Während er noch auf die Bestätigung vom Wiener Hofe wartete, fiel schon die Entscheidung bei Fleurus am 1. Juli. Die Schuld an dieser Niederlage schob man jetzt in erster Linie dem Ausbleiben der Brandenburger und Münsterschen zu. In der That sind die münsterschen Truppen, die für diesen Feldzug auch dem Kurfürsten von Brandenburg zugeteilt waren, erst in der zweiten Hälfte des Juni aufgebrochen.¹⁾ Die Lässigkeit bei den Vorbereitungen hatte schon vorher den Unwillen des Fürsten Waldeck erregt; er beklagte sich dem kaiserlichen Gesandten Grafen v. Berka gegenüber, daß man in Münster „nach Neigung und Bequemlichkeit“ die Truppen verwenden wolle.²⁾ Angesichts der bedrohlichen Lage Waldecks hatte sodann der Haager Kongreß den münsterschen Gesandten aufgefordert, sogleich auf eine Beschleunigung des Anmarsches hinzuwirken. Es gelang jedoch nicht mehr, Waldeck frühzeitig genug zur Hilfe zu kommen. Erst Mitte Juli trafen die münsterschen Truppen in einer Stärke von 6000 Mann im Jülichischen ein.

Kurfürst Friedrich III. übertrug, bevor er mit dem Gros seines Heeres die Maas überschritt, um weiter nach Flandern zu ziehen, den Schutz der Lande zwischen Maas, Mosel und Rhein den Truppen von Jülich, Münster und Lüttich, mit denen noch ein Korps von 3000 Brandenburgern vereinigt wurde.³⁾ Den Oberbefehl vertraute er dem münsterschen General Schwarz an, der alsbald ein Lager bei Guskirchen bezog. Als Friedrich III. ihn aber aufforderte, seine Stellung noch näher an den Feind zu verlegen, gab er die eigenartige Erklärung, daß er sich nicht soweit von den Festungen Bonn und Köln entfernen dürfe.⁴⁾ Plötzlich drangen unter Comte de Tessé Vortruppen der Moselarmee des Marschalls Boufflers durch die Eifel ins Jülichische ein. Die verbündeten Truppen brachen auf, ihnen zu begegnen, aber sehr bald legte ein Streit über den Oberbefehl zwischen Schwarz und dem kaiserlichen Feldmarschallsleutnant v. Beck, der die jülich-

¹⁾ St. Pr. 15. VI. 1630. Aft. Df. IV. N. 46.

²⁾ Klopp, V. 117/18.

³⁾ v. d. Heim: Het archief van den Raadpensionaris A. Heinsius 1689—1720. Haag 1867—80. I, 64. II, 15.

⁴⁾ Pufendorf III. § 34. C. 244.

ischen Truppen führte, alle Operationen lahm. Jülichische Dragoner, die sich dem gegen Düren vordringenden Feind entgegenwarfen im Vertrauen auf die Unterstützung des mit münsterischen Reitern in der Nähe stehenden Obersten v. Nagel, mußten sich bitter enttäuscht sehen, denn dieser erklärte, von seinem General dazu keinen Auftrag zu haben.¹⁾ Inzwischen verheerte und plünderte der Feind ungestört die umliegenden Länder, bis der mit Brandenburgern und Holländern von jenseits der Maas herbeieilende brandenburgische Generalfeldzeugmeister v. Spaen sie zum Rückzug zwang.

Das Verhalten des münsterischen Generals rief sogleich lebhafteste Proteste und Anklagen hervor. Der Bischof trat in einem Schreiben an den Kurfürsten für Schwarz ein, er äußerte seine Entrüstung über die Anschuldigungen, unternahm es jedoch nicht, sie zu widerlegen.²⁾ In Wien nahm man natürlicherweise für Beck Partei, die Schwierigkeiten jedoch, die Schwarz alsbald auch dem ihm übergeordneten Spaen machte, sowie sein ablehnendes Verhalten im ganzen weiteren Verlauf des Feldzuges waren keineswegs geeignet, die schwere Verdächtigung des Wiener Hofes zu entkräften, daß er Auftrag habe, sich in keinen Kampf mit dem Feinde einzulassen und im Höchsthalle den Rhein zu schützen.³⁾

Während der Kurfürst von Brandenburg mit Hinzuziehung holländischer und Lütticher Truppen auf dem jülichischen Kriegsschauplatz die Bildung eines Korps unter Spaen plante und den Bischof aufforderte, sein Kontingent mit demselben zu vereinigen, um ins Luxemburgische vorzustößen,⁴⁾ erhielt Friedrich Christian ein kaiserliches Handschreiben, er solle seine Truppen zu dem zur Belagerung von Mont-Royal an die Mosel rückenden Kurfürsten von Bayern stoßen lassen.⁵⁾ Er entschloß sich, wenn auch

¹⁾ Fahrmbacher: Die pfälzischen Truppen im Orleansischen Krieg 1688—97. Mannheimer Geschichtsbl. 13. Mannheim 1912. S. 106.

²⁾ Friedrich Christian an Friedrich III. 18. VIII. 1690. (M. L. N. 468. 280. Cpt.)

³⁾ Rufendorf III, § 34. S. 245.

⁴⁾ Friedrich III. an Friedrich Christian 22., 24. VIII. 1690 (M. L. N. 468. 280. Dr.)

⁵⁾ Friedrich Christian an Friedrich III. 20. VIII. 1690. (M. L. N. 468. 280. Cpt.)

ungern, sie wenigstens an die Ahr vorzuschieben, aber bald zerشلugen sich die geplanten Operationen, und der Bischof mußte nun doch noch zu den Plänen des Kurfürsten Stellung nehmen.¹⁾ Seine Politik, die er auch jetzt wieder einschlug, weist in der That darauf hin, daß er um jeden Preis einen Zusammenstoß seiner Truppen mit dem Feinde zu vermeiden und, soviel an ihm lag, die Operationen überhaupt zu verschleppen suchte. Schwarz erklärte in einer Konferenz zu Düren, daß der Plan des Kurfürsten auf die Sicherheit des Niederrheins nicht genügend Rücksicht nehme, und schlug eine neue Konferenz der Generale vor.²⁾ Inzwischen war der Landgraf von Hessen mit einem Korps an die Mosel gerückt, und durch kaiserliche Verfügung wurden die münsterschen Truppen zu seiner Verstärkung bestimmt. Wenn der Kurfürst immer noch auf eine ernstliche Unternehmung hoffte und jetzt die Belagerung Dinants vorschlug, so war es in erster Linie wiederum der Bischof von Münster, der nun ganz offen die Mitwirkung seiner Truppen versagte.³⁾ Da auch der Landgraf Bedenken äußerte, nahm Friedrich III. davon Abstand und führte angesichts der vorgeschrittenen Jahreszeit die Truppen in die Winterquartiere.

Um die Lande zwischen Maas, Mosel und Rhein auch den Winter über gegen feindliche Einfälle zu sichern, forderte der Kurfürst von Brandenburg auf Anregung des Kaisers und des Haager Kongresses Friedrich Christian auf, gemeinsam mit ihm den Schutz derselben zu übernehmen. Der Bischof willigte ein, nicht aus Entgegenkommen gegen Brandenburg, sondern weil er dadurch die Unterhaltungskosten des Heeres zum großen Teil auf fremde Schultern abwälzen konnte. In einem geheimen Quartiertraktat wurde vereinbart, daß er 6000 Mann jenseits des Rheines stehen lassen und dafür den dritten Teil der aus den Quartieren zu erwartenden Beihilfen erhalten solle.⁴⁾ Auch der Bitte des Kaisers, auf die Sicherung von Coblenz bedacht zu sein, entsprach Friedrich

¹⁾ Friedrich Christian an Friedrich III. 27. VIII. 1690. (M. L. N. 468. 280. Cpt.)

²⁾ Fr. Christian an Friedr. III. 15. IX. 1690. (M. L. N. 468. 280. Cpt.)

³⁾ Pufendorf III, § 34. S. 245.

⁴⁾ M. L. N. 12. 48. — Urk. St. M. 4757. Dr.

Christian insofern, als er seinen „Feuerkünstler“ Corfey mit Feuerwerkern dem Kurfürsten von Trier überließ.¹⁾ Aber weitere Verpflichtungen einzugehen, lag nicht in seinen Plänen. Als die Wiener Staatsmänner versuchten, auch ihn an die große Allianz zu fesseln, lehnte er ab, zumal mit dem Beitritt die Bedingung verknüpft war, auch im Frieden außer dem Stiftskontingent 4000 Mann zu unterhalten, ohne daß dafür entsprechende Subsidien in Aussicht gestellt wurden.²⁾

Im Verlaufe dieses Jahres scheinen die Beziehungen Friedrich Christians zu Frankreich wiederum festere Formen angenommen zu haben, sein ganzes Verhalten deutet wohl mit Sicherheit darauf hin. Allerdings zur Wiederaufnahme der Neutralitätspolitik der ersten Zeit bedurfte der Bischof jetzt einer starken Rückendeckung. Unerwartet günstige Aussichten für seine politischen Pläne boten sich schon bald im Zusammenhang der Bestrebungen, die dahin zielten, eine Mittelpartei im Reich zu bilden.

1) Korrespondenz zw. Friedrich Christian und dem Kaiser. Nov.—Dez. 1690. (Msc. Erlr.)

2) Dt. Fr. 29. III. 1695. — Die Ansicht, daß das Scheitern dieser den Beitritt zur Großen Allianz betreffenden Verhandlungen erst der Grund gewesen sei, daß Friedrich Christian in Unterhandlungen mit Frankreich trat (Völker 74.), dürfte durch die vorausgehenden Darlegungen berichtigt sein. Bildete doch die Hinneigung zu Frankreich schon seit längerer Zeit einen festen Bestandteil der münsterischen Politik.